



<https://biz.li/2wkp>

GRUPPE CDU/FDP BESUCHT KRANKENHAUS GROSSBURGWEDEL

Veröffentlicht am 11.05.2023 um 19:19 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"Die Gruppe CDU/FDP will mit dem Besuch ihre Solidarität mit dem Klinikum in Großburgwedel zum Ausdruck bringen und klarstellen, dass eine Aufgabe des Standortes zugunsten einer Zusammenlegung über die Regionsgrenze hinaus nicht in Betracht kommt", so der Vorsitzende der Gruppe CDU/FDP in der Regionsversammlung Bernward Schlossarek. Hintergrund des Besuchs der Abgeordneten ist die im Rahmen der Medizinstrategie 2030 losgetretene Diskussion über eine mögliche Zusammenlegung der Kliniken Burgwedel, Lehrte und Peine in einen Neubau in Autobahnnähe. Ferner wollten die Abgeordneten wissen, wann mit dem Beginn des Krankenhausneubaus, welcher schon mit der Medizinstrategie 2025 entschieden wurde, zu rechnen ist. Nachdem die Geschäftsführung den Anwesenden die Auswirkungen der Medizinstrategie 2030 für den Standort Burgwedel erläutert hat, teilte die Gruppe aus

CDU und FDP ihre Zweifel an der Umsetzbarkeit mit. Grund für die Zweifel liegen nach Angaben der Gruppe "unter anderem in der bisher noch nicht garantierten finanziellen Unterstützung des Landes und darin, dass bereits mit der letzten Medizinstrategie der Neubau beschlossen wurde und bis heute noch kein Baufortschritt zu sehen ist". "Bisher gab es noch keine Zusage über die Förderung des Neubaus. Man hat bisher nur den Bedarf von Seiten des Landes festgestellt", ergänzt Schlossarek. Unterstützung bei dem Termin in Burgwedel bekamen die Regionsabgeordneten vom Bundestagsabgeordneten Dr. Hendrik Hoppenstedt. Der Bundestagsabgeordnete weist darauf hin, dass der Bestand für das Krankenhaus Großburgwedel in der Medizinstrategie unter Umständen nicht viel wert sei. "Herr Krach (SPD) schließt jetzt Lehrte und Sozialminister Philippi (SPD) scheint die Bewilligung der Investitionskosten für Burgwedel skeptisch zu sehen. Ohne diese Mittel wird es aber keinen Neubau in Burgwedel geben", konstatiert der Bundestagsabgeordnete. "Jetzt rächt sich, dass weder Herr Krach noch die Geschäftsführung im Vorfeld abgeklärt haben, ob der Landkreis Peine aus Sicht des Landes in die Betrachtungen hätte miteinbezogen werden müssen. Bevor man eine Medizinstrategie beschließt, muss man die notwendigen Hausaufgaben machen. Alles andere verbreitet Unsicherheit bei den Beschäftigten sowie Patientinnen und Patienten", so Hoppenstedt abschließend.



Oliver Brandt (Krankenhauspolitischer Sprecher), Bernward Schlossarek (Gruppenvorsitzender) und der Bundestagsabgeordnete Dr. Hendrik Hoppenstedt (von links) vor dem KRH Burgwedel.